

Die „Weltzeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug können sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Frankreich, Belgien, des Saars und Niederlande sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 13.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die neuzeitliche Komposition oder deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anfertigung. Kostende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche u. Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# W E L T Z E I T U N G

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Isolierung Japans

### China und die Großmächte

London, 17. November.

Einer Neutermeldung aus Washington zufolge erklären die britischen Delegierten, daß sie der Politik der Offenen Tür in China vollaus zustimmen, die der chinesische Delegierte Eze in seiner Erklärung vor dem Konferenzanschluß auseinandersetzt. Großbritannien betrachte die Einflußsphären als veraltet und für moderne Verhältnisse unbrauchbar. Während die britische Ansicht dahin gehe, daß das englisch-japanische Bündnis von keinem der chinesischen Vorschläge berührt werde, würde Großbritannien jede Art von Vereinbarungen zwischen den Großmächten oder vielleicht ein Abkommen, das sich auf Amerika, Japan und Großbritannien beschränke, begrüßen, um den englisch-japanischen Vertrag für den Fernen Osten zu ersetzen.

Die Stellungnahme der britischen Delegation zu der chinesischen Frage bildet eines der wichtigsten Momente der Washingtoner Konferenz, nicht minder wichtig wie der Abstützungsvorschlag der Vereinigten Staaten und das energische Auftreten der chinesischen Delegation, deren Forderungen auf die Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Chinas hinauslaufen.

Von japanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich hier um ein abgekartetes Spiel der Vereinigten Staaten und Chinas handle, das darauf hinzielt, Japan auf der Konferenz zu isolieren. In der Tat ist Japan durch das Vorgehen Amerikas und Chinas in den Hintergrund gedrängt worden. Diese Isolierung Japans wird noch dadurch verstärkt, daß England immer deutlicher von der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses abrückt und an dessen Stelle ein gemeinsames Abkommen mit Amerika und Japan ins Auge faßt.

Kommt ein solches Abkommen zustande, so ist damit das Ziel der Vereinigten Staaten und der englischen Dominions erreicht, die die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses fürchten, weil dadurch die Stellung Japans im Stillen Ozean verstärkt wird. Für England wäre ein solches Kompromiß unter den gegebenen Verhältnissen der erwünschteste Ausgang, denn angeht die Erstarkung Amerikas und der Dominions hat das Bündnis mit Japan für England nicht mehr die Bedeutung, die es vor 20 Jahren gehabt hat. Wird gleichzeitig noch das Prinzip der „Offenen Tür“ in China anerkannt und eine Beschränkung der Rüstungen durchgeführt,

so bedeutet das neben der Aufrechterhaltung der englischen Vorherrschaft zur See, die allerdings durch die Erstarkung der amerikanischen Flotte beeinträchtigt wird, auch die Sicherung der Interessen des englischen und amerikanischen Kapitals in China, die durch das ständige Vordringen des japanischen Imperialismus bedroht werden.

### Die Kommissionsberatungen in Washington

EE. Paris, 18. November.

Der New York Herald meldet aus Washington, daß die amerikanischen Marinefachverständigen bemerkenswerte Fortschritte in den Arbeiten der technischen Kommissionen festgestellt haben. Diese Fortschritte sind so groß, daß man glaubt, innerhalb zweier Monate die Beratungen zu Ende führen zu können. Die Frage der Einschränkung der Rüstung und die Fragen des fernem Ostens nehmen einen viel besseren Fortgang, als man bei Eröffnung der Konferenz hätte erwarten können. Es ist möglich, daß 5 Hauptänderungen und einige kleinere Änderungen an den von Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlägen vorgenommen werden. Von diesen Hauptänderungen schlug Japan zwei vor, drei wurden von ihnen gemeinsam mit den Engländern gefordert, u. a., daß Maßnahmen ergriffen würden, die amerikanischen Schiffsbasen im Stillen Ozean zu zerstören, ferner das Zugehändnis, 70 statt 80 Prozent der Schiffstärke der Vereinigten Staaten behalten zu dürfen, womit Japan 30 000 Tonnen Schiffsraum oder einen Dreadnought mehr gewänne, als Hughes vorgeschlagen hat. Es scheint, daß England und Amerika diesem Standpunkte Japans zustimmen wollen. Ferner soll auch den japanischen Anschauungen über die Schiffsbasen im Stillen Ozean Rechnung getragen werden.

Was die Fragen des fernem Ostens anbelangt, so stimmt das vorgeschlagene von der chinesischen Delegation vorgelegte Programm in seinen großen Richtlinien mit der amerikanischen Politik gegenüber China überein, doch wird mißfällig die Tatsache bemerkt, daß die Chinesen keinerlei positive, konstruktive Vorschläge erstatteten. Die Unterkommission, die sich mit den Fragen des fernem Ostens zu befassen hat, empfahl in ihrer gestrigen Sitzung, die Beratungen auf der Grundlage der Vorschläge vorzunehmen, die Hughes entworfen hatte, als er die Konferenz einberief.

Admiral Kato wurde darüber befragt, ob er der Abrüstung zustimmen würde, auch wenn Vereinbarungen in den Fragen des Pazifischen Ozeans nicht zustande kämen. Er erklärte sich dazu bereit. Auch in englischen Kreisen würde man nichtis dagegen einzumenden haben, daß die Abrüstung ohne Rücksicht auf die Fragen des fernem Ostens durchgeführt werde.

der die Vertreter beider Gruppen Gelegenheit hatten, eingehend zu den Problemen Stellung zu nehmen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen, die heute fortgesetzt werden, wird vorläufig Stillschweigen bewahrt.

Die Unternehmer müssen es der übrigen Öffentlichkeit schon überlassen, ob sie in ihren Plänen einen privatkapitalistischen Raubzug sieht oder nicht. Auch die Beteuerungen der Unternehmer, daß sie nicht die Beseitigung des Achtstundentages beabsichtigen, ist nur eine Verlegenheitsphrase. Im übrigen weisen wir noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß die Beratungen der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Kreditaktion der Großindustrie für die Arbeiter nicht die geringste Bedeutung haben. Die Gewerkschaften sind gebunden durch die Forderungen ihrer Spitzenorganisationen, die an den Reichstag und die Reichsregierung gerichtet sind. Bei diesen Stellen liegt die Entscheidung.

### Doumer über Deutschlands Finanzlage

Paris, 17. November.

In der heutigen Kammeritzung beantwortete Finanzminister Doumer die verschiedenen Interpellationen über die Finanzlage Frankreichs. Im Laufe seiner Rede sprach er auch von der Finanzlage Deutschlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, um den Bedürfnissen des Wiederaufbauges Gebietes Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete de Lafontrie habe sehr interessante Auskünfte gegeben, die mit denen der Regierung gleichließen und bewiesen, daß, wenn Deutschland — er sagte nicht nur, die augenblickliche Regierung Deutschlands — wolle, dann könne es beschaffen. Deutschland besitze Aktien, die es schwer in Goldmarkt und in ausländische Devisen umwandeln könne; aber es seien deutsche Vermögen vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Eifer zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten sich aber von den Folgen Rechenhaft ablegen, die ein Bankrott Deutschlands nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereigne, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die die deutsche Reichseinheit kaum überleben könne. (Lebhafte Beifall.) Die Allierten, insbesondere aber Frankreich, könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrage den Deutschen zuzielen. (Beifall.)

### Der kommende Filmtruff

Der unerhört rasche Aufschwung des deutschen Films ist eine Tatsache, der man, gleichgültig, wie man dazu steht, seine Bewunderung nicht verkagen kann. Man braucht nur an die kurzen, armseligen, flimmernden Bilder zu denken, die noch vor wenigen Jahren in kleinen verräuchernten Theatern gezeigt wurden, um die durch technische Verbesserungen ermöglichte phänomenale Entwicklung vor Augen zu haben.

Aber diese Entwicklung hat auch die Industrialisierung mit allen dazu gehörigen kapitalistischen Begleiterscheinungen hervorgerufen, durch die die Film„kunst“ zu einer „Branche“ mit Krisen und Bilanzverschleierungen geworden ist. Hinter der jungfräulich-unschuldsweißen Reinwand gibt es Schiedungen und Konkurrenzkämpfe, wie bei jedem anderen Handel, nur das hier alles übertrönt wird durch den raschenden Wirbel der Kellametroammel.

Der Aufschwung in unserer Zeit der ständig zunehmenden Geldentwertung hat alles Maßhalten in den Ausgaben als rückständiges Krämertum erscheinen lassen, und eine wahn sinnige Verschwendung drückt unserer Filmindustrie den Stempel auf. Dem Publikum imponieren die astronomischen Zahlen, die beim letzten Film immer größer werden, die Armeen von Statisten, die immer wachsen, die Städte aus Holz und Beton, die immer üppiger werden. Aber diese ungehemmte Großzügigkeit hat auch eine sehr ernste Seite, und die Tausende von Angestellten und Arbeitern, die mittelbar oder unmittelbar vom Film leben, befinden sich auf einem Schiff, das nicht sehr fest verankert ist.

Die Verhältnisse liegen heute schon so, daß unter fünf hunderttausend Mark kein Film mehr hergestellt werden kann, und ein sogenannter Großfilm kostet eine stattliche Anzahl von Millionen. Der deutsche Markt ist, so aufnahmefähig er scheinen mag, aber nicht annähernd in der Lage, diese enormen Unkosten zu decken. Ein größerer Film wird unter diesen Umständen erst rentabel durch die Ausfuhr, die gerade nach den bestvaluierten Ländern nicht möglich ist.

Der ungünstige Stand des Weltmarktes, dem die Billigkeit der deutschen Waren die eigenen Abnahmlichkeiten so sehr erschwert, hat schon in einer ganzen Reihe von Staaten zu Abwehrmaßnahmen geführt, die unter der Flagge von Antidumpinggesetzen segeln. Das nationale Vorurteil und die völlig verschiedenartige geistige Einstellung der deutschen Filme kommen hinzu, um den Export einzunengen. Zum Teil handelt es sich dabei auch um Gegenmaßnahmen, da bei uns die Einfuhr ausländischer Filmprodukte bis vor kurzem nur in Ausnahmefällen gestattet wurde.

Die Aktien dieser jüngsten Industrie sind denn auch an der Börse nicht beliebt, und wenn man die allgemeine Hausse in Betracht zieht, hinken ihre Kurse beträchtlich hinterher. In der Periode des Kapitalüberflusses unmittelbar nach Kriegsende sind sehr beträchtliche Summen in Filmwerten investiert worden, und insbesondere die Banken haben dem Film damals ein recht lebhaftes Interesse entgegen gebracht. Inzwischen hat sich jedoch die Situation gänzlich verändert, und auch die Gelegenheit zu Kapitalverwässerungen erscheint heute nicht mehr verlockend genug, um größere Beträge festzulegen.

Den nüchternen Geldgebern erscheint nunmehr die ganze Geschäftsführung der Filmproduzenten durchaus unkaufmännisch, diese maßlose Verschwendung hiermit, die das Millionenfieber hat und sich an großen Zahlen berauscht. Durch die Presse ging neulich die unwiderprochene Notiz, daß bei großen Firmen die Verwaltungskosten bis zu hundert Prozent betragen. Man braucht sich nur vorzustellen, daß bei einem Staats- oder Gemeindebetrieb derartig gewirtschaftet würde, um einen einzigen Entrüstungsschrei ins Ohr zu bekommen. In der vielgerühmten Privatwirtschaft sind solche Methoden eben möglich, weil eine Kontrolle der Öffentlichkeit fehlt, und man geht nur langsam an die Beseitigung heran, wenn das Gebälk hinter der glänzenden Fassade schon zu krachen anfängt.

Es liegt keineswegs nur an den schlechten Zeiten, sondern in der Hauptsache an der eigenen Unfähigkeit, wenn die Filmindustrie jetzt eine gefährliche Platte durchmacht, und das Gejammer über die Exportschwierigkeiten ist nur ein Mandöver, um die Schuld von sich selbst abzulenken. Dieses ganze Arbeiten unter dem Gesichtspunkt der schlechten Valuta kennzeichnet den Aufschwung der Filmindustrie geradezu als schwindelhaft, da er nicht auf Produktivität und Rentabilität beruht, sondern sich als eine einfache Konjunkturerfcheinung erweist, als eine direkte Folge aus der allgemeinen Krise der deutschen Volkswirtschaft.

Durch den Zusammenbruch der Decca-Bioscop A.G., der vor einigen Monaten erfolgte, wurden diese Tatsachen ganz offenbar. Es kann dahingestellt bleiben, worauf die Kündigung der Bankkredite, die den Konkurs dieser Firma verursachte, zurückzuführen war; wahrscheinlich wäre sie nicht erfolgt, wenn den Kreditgebern das Geschäft noch genügend gewinnbringend erschienen wäre. Die Kuchbarmachung der bedeutenden Sachwerte aus der Masse des

### Reparationen und Industrieangebot

Im Steuerauschuß des Reichstages war heute erwartet worden, daß der Reichskanzler über die Verhandlungen mit der Reparationskommission und der Industrie über ihre Absichten zur Befundung der Finanzen des Reichs Auskunft geben würde. In der heutigen Sitzung des Steuerauschußes war zwar die Regierung durch den Reichskanzler, den Sachminister und den Wirtschaftsminister vertreten. Der Reichskanzler erklärte jedoch in einer kurzen Ansprache, daß er über den Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission erst zu Beginn der nächsten Woche Auskunft geben könne. Im Reichsverband der Industrie fanden heute entscheidende Sitzungen statt, deren Ausgang man mit großem Interesse entgegensehe. Deshalb könne er sich heute zu dieser Frage nicht äußern. Der Steuerauschuß nahm sodann das Referat eines Regierungsvertreters über die Steuerbelastung in Deutschland und in den übrigen Ländern, sowie die Belastung des Verbrauchs durch die einzelnen Steuern und das Verhältnis des Besitzes zu den Gebrauchssteuern entgegen.

### Die Zentralarbeitsgemeinschaft tagt

Nach Meldungen der „Telunion“ hat gestern der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft getagt, um sich mit dem bekannten Plan der Industrie zur Entlastung der Eisenbahnen zu beschäftigen. Die Unternehmer erklärten, daß ihr Vorschlag betreffend Ueberführung der Eisenbahnen in privatwirtschaftliche Form nicht als Auslieferung der Bahn an das Privatkapital verstanden werden dürfe. Ebenso erklärten die Unternehmer die in der Presse aufgetauchte Behauptung für falsch, die Industrie beabsichtige die Beseitigung des Achtstundentages. Die Vertreter der Gewerkschaften erkannten die Notwendigkeit an, Mittel zur raschen Sanierung der Eisenbahnen zu finden. Die Vertreter der Unternehmer stellten in Aussicht, daß sie einen Plan zur Umwandlung unwirtschaftlicher Reichsbetriebe vorlegen wollten, der in kurzer Zeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten werden soll. Am Abend wurde die Sitzung fortgesetzt. Sie trug den Charakter einer streng vertraulichen Aussprache, bei

Decla-Konkurrenz ist jetzt das Hauptproblem der Filmindustrie, und es zeigen sich dabei wie bei jeder Krise, die Konzentrationstendenzen des Kapitals, für das die einzige Möglichkeit, dem Ruin zu entgehen, in seiner Ausdehnung liegt.

Schon seit geraumer Zeit schweben Verhandlungen wegen einer Fusion zwischen der Decla und der National-Film A. G., die jedoch noch zu keinem Abschluß gelangt sind. Möglich wurde vor einigen Tagen die Öffentlichkeit durch die Nachricht überbracht, daß diese Verhandlungen einen größeren Umfang durch die Teilnahme der Universum-Film A. G. (Ufa) erhalten hätten. Das darauf folgende Dementi der Ufa hat diese Nachricht im wesentlichen bestätigt. Der große Filmtrüß konnte nur darum nicht zustande kommen, weil die Fusionsfreunde noch nicht die Mehrheit der Aktien auf sich vereinigen konnten. Aber der Versuch genügt, um zu zeigen, wohin der Hase läuft, und über kurz oder lang wird der große Filmtrüß Wirklichkeit geworden sein.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die Ufa, hinter der übrigens die Deutsche Bank steht, bereits in ihrer gegenwärtigen Gestalt ein Konzern ist, der aus einigen Dutzend Gesellschaften besteht. Genau wie bei der schweren Industrie ist dabei die sogenannte Vertikal-Organisation zu beobachten, die hier als Kombination von Produktion, Vertrieb und Kino erscheint. Da jede dieser Gesellschaften als eigene G. m. b. H. firmiert, so begreift sich leicht, daß das auch in steuerlicher Beziehung nützlich ist; denn es ist natürlich nicht leicht, die verschiedenen Bilanzen zu übersehen und Hinterziehungen zu bemerken, eine Undurchsichtigkeit, die selbstverständlich mit der zunehmenden Verstrickung wächst.

Das Besondere in dieser Entwicklung liegt in der Tatsache der Mechanisierung einer Industrie, die sich gern als Kunst bezeichnen, also doch ganz gewiß auf die vielgerühmte private Initiative und die freie Konkurrenz angewiesen sein müßte. Aber die Schwerkraft der Milliarden ist eben stärker als alle unkapitalistischen Wünsche und Anschauungen; der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo die gesamte Herstellung und Ausführung der deutschen Filme von einem einzigen Bureau geleitet werden wird. Und die Deutsche Bank, vielleicht mit noch einem Schwesterinstitut, wird sich dann einen weiteren Industriezweig unterjocht haben.

## Stinnes schwingt die Peitsche

Wer gegen Voelzig ist, bekämpft die Reaktion

Das Vertrauensvotum, das gestern im Landtag für das Kabinett Braun abgegeben wurde, wird von der Presse lediglich registrierend vermerkt. Der „Vorwärts“ erinnert noch einmal daran, daß die Zusammensetzung der preussischen Regierung auf seiner Seite ungemischte Freude erwecke. Selbst die Koalitionsparteien, die das Vertrauensvotum ausgesprochen haben, hätten damit keineswegs jedem einzelnen Minister unbeschränkte Vollmacht gegeben, nach seinem Geschmack zu hantieren. Das treffe auf jede Koalitionspartei zu.

Die neuen Minister sind also die Minister der Abhängigkeit. Das kann für die zukünftigen Arbeiten des Landtages, die gerade durch die „große Koalition“ gefördert werden sollten, recht erbaulich werden und ist auf keinen Fall dazu angetan, die bisherige Schlamperlei der preussischen Regierungsmaschine zu beseitigen. Die Volkspartei gibt in dessen den Rechtssozialisten recht deutlich zu verstehen, daß sie nicht befragt sind, die Koalitionsfähigkeit der völksparteilichen Minister zu bezweifeln. Insbesondere dürfe an Herrn Dr. Voelzig keine Kritik mehr geübt werden, nachdem sich dieser „durch seine gesunden und großzügigen Reformvorschlüsse erneut als ein Schulmann mit weitem Blick und klaren Zielforderungen erwiesen habe“. So heißt es wirklich im offiziellen Pressedienst der Deutschen Volkspartei. Hinzugefügt ist noch die Drohung: „Wer das Voelzische Koalitionsprogramm bekämpft, wendet sich nicht gegen den Minister, sondern gegen die Koalition.“

Stinnes schwingt also bereits die Peitsche. Die Rechtssozialisten haben zu tun. Sobald sie ein Bann oder Aber wagen, kann ihnen der Stuhl vor die Türe gesetzt werden. Die Volkspartei hat ja bereits früher darauf hingewiesen, daß sie die „große Koalition“ in der Hauptsache als eine „Abwehrfront gegen die unabhängigen und kommunistischen Wählerkreise“ betrachtet, die im Verlauf dieses Winters in verstärktem Maße einzeln würden. Zu diesem Zwecke sei ein Teil der Arbeiterschaft mit an die Regierung gefesselt worden. Die rechtssozialistische Partei und ihre Anhänger haben also nach dem Willen der Volkspartei lediglich Stinnespolitik zu treiben und die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung zu vertiefen. Sie sind nicht berechtigt, gegen den Anarchismus des Herrn Voelzig anzukämpfen, und ebensowenig ist die Volkspartei geneigt, ihnen zu gestatten, gegen den Raubzug der Schwerindustrie, den Volksbeitrag der Steuerhinterzieher und die Plünderungsabsichten der kapitalistischen Wucherer zu Felde zu ziehen. Denn das alles verzißt gegen die strategischen Pläne der „Abwehrfront“. Die Rechtssozialisten, die des naiven Glaubens waren, sie könnten durch ihren Eintritt in die preussische Regierung das Steuer des Staatsschiffes ein wenig nach links drehen, werden durch die Volkspartei immer deutlicher dahin belehrt, daß der Kurs nach rechts zu gehen hat.

Gegen die Arbeiter, für Stinnes! das ist die Parole der Volkspartei in Preußen, und im Reiches soll es nicht anders werden. Zum Glück begreifen die Arbeiter der rechtssozialistischen Partei besser als ihre Führer, was angesichts der wachsenden Not die Stunde ereignet. Eine Vertrauensmännerkonferenz der rechtssozialistischen Partei von Frankfurt a. M. besaßte sich am Sonntag mit der Regierungsbildung in Preußen und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Vertrauensmännerkonferenz bedauert das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Die kleine Koalition hätte unter allen Umständen möglich gemacht werden müssen, die die Unterfütterung der U. S. P. gefunden hätte, wodurch der Regierung eine feste republikanische Mehrheit sicher gewesen wäre. Die Deutsche Volkspartei wird nicht für händlingsfähig gehalten. Ein Kultusminister wie Voelzig bedeutet ein Unglück für die Erziehung unserer Kinder. Die Expreßfaktat der völksparteilichen Industriellen bei der Kreditaktion stellt nach dem Landesverrat dar und zeigt die Arbeiterfeindschaft dieser Kreise von der höchsten Potenz. Zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie liegt eine Kluft, die nicht zu überbrücken ist.“

Diese Resolution rechtfertigt die Kampfstellung, die unsere Partei zu der neuen Regierung in Preußen eingenommen hat. Nicht mit, sondern nur im heißen Kampfe gegen die kapitalistischen Parteien kommt die Arbeiterklasse ihrem Ziele näher und dieser naturnotwendige Kampf ist durch die Koalition mit der Stinnespartei in Preußen wesentlich gelähmt worden.

## Eine Rundreise durch Deutschland

Auf Einladung des A. D. G. B.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der rund 9 Millionen Arbeiter und Angestellte vertritt, hat durch sein Vorstandsmitglied, den ehemaligen Reichsminister Willel, Vertreter der Arbeitnehmer auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf, eine Reihe von Mitgliedern, darunter auch Regierungsvertreter und Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, der Presse, und des Parlaments zu einer etwa zweiwöchigen Rundreise durch Deutschland eingeladen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten und sich von dem Erfüllungswillen des deutschen Volkes und der völligen Umstellung der früheren deutschen Rüstungsindustrie zur Friedensarbeit zu überzeugen.

In dem Einladungsschreiben zu dieser Rundreise sagt der A. D. G. B., daß die immer noch vorherrschenden unrichtigen Vorstellungen in der öffentlichen Meinung des Auslandes ihn veranlassen haben, maßgebenden Vertretern der Öffentlichkeit der anderen Länder Gelegenheit zu geben, von den Verhältnissen in Deutschland, von dem entschiedenen Willen des deutschen Volkes

zum Frieden und zur Erfüllung des Versailler Vertrages sich zu überzeugen. Es werden Angehörige fast aller Großstaaten der Welt teilnehmen.

## Flucht eines Kriegsbeschuldigten

Der ehemalige Marineleutnant Boldt, der als Kriegsbeschuldiger sich vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verantworten hatte, ist, wie der „Post. Ztg.“ aus Hamburg gemeldet wird, aus dem Gefängnis, wo man ihm eine Vertrauensstellung eingeräumt hatte, entwichen. Boldt war vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, wegen Beihilfe zum Totschlag.

Der Hinweis, daß man Boldt eine Vertrauensstellung im Gefängnis eingeräumt hat, läßt die Vermutung zu, daß man ihm die Flucht nicht allzu schwer gemacht hat.

## Heimgefunden

Wie die Blätter triumphierend melden, fiel der frühere Sozialdemokrat und Vorsitzende des Seemannsverbandes, Paul Müller, unter den Gästen bei dem Nationalverband deutscher Gewerkschaften auf. Nach dem früheren Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, Kloth, der unter die Deutschnationalen gegangen ist, und der Arbeiterbewegung in den Rücken fällt, hat nun auch Paul Müller, der sich im Kriege und auch nachher bemühte, den Seemannsverband in das nationalistische Jahresschiff zu lenken, den Weg zu den „Gelben“, zu denen er hingehört, gefunden.

Wenn das Wallepapier glaubt, daß wir diese Tatsache totschweigen würden, weil wir die Renegaten fürchten, so irrt es gewaltig. Wir möchten vielmehr, daß das Renegatentum solcher Leute wie Paul Müller und Emil Kloth, den breitesten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt werde, damit diese erkennt, daß jede Abweichung vom proletarischen Klassenkampf, jeder Versuch, den Nationalismus und Chauvinismus in die Arbeiterbewegung hineinzuschmuggeln, notwendigerweise zur Kapitulation vor den Nationalisten und zur Angliederung an die gelben Streikbrecherbanden führt.

## Die deutsch-russischen Beziehungen

Krestinsky beim Reichskanzler

Dem Empfang des neuernannten Botschafters der Russischen Sowjetrepublik in Deutschland, Krestinsky, durch den Reichskanzler Dr. Brüning wohnten bei: der Sekretär der Sowjetisierung Brodoski und der sowjetische Handelsvertreter Siomonjakow, vom Auswärtigen Amt der Staatssekretär von Daniel, der Direktor der Ostabteilung, Freiherr von Malchahn, und der Referent für Rußland, Hanschild. Wie der „Dr. Expreß“ erfährt, hielt Krestinsky bei Ueberreichung der Beglaubigungsurkunde eine Ansprache, in der er sagte: „Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, welches durch den imperialistischen und den Bürgerkrieg sowie durch die Interventionen und die Blockade verelendet ist, ist die Wiederaufnahme und Pflege der allseitigen Beziehungen mit Deutschland von vitaler Bedeutung. Auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Kriege drängt zu einer Zusammenarbeit mit Rußland. Dieses gegenseitige Interesse findet seinen rechtlichen Ausdruck in dem Abkommen vom 6. Mai 1921. Ich spreche im Namen der Regierung Sowjetrußlands die Hoffnung aus, daß die wechselseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland sich auf den Rahmen des Vertrages vom 6. Mai nicht beschränken und zu einer engen im Interesse beider Völker liegenden Zusammenarbeit führen werden.“

Der Reichskanzler antwortete: „Ich danke Ihnen für die Worte der Begrüßung, die Sie an mich gerichtet haben und mit denen Sie auf die Notwendigkeit eines Ausbaues der deutsch-russischen Beziehungen hinwiesen. Ich möchte gleichzeitig meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die russische Sowjetregierung durch Ihre Vermittlung diesen Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland kundgibt, und erkläre meinerseits, daß ich es als meine erste Aufgabe betrachte, die auf eine Zusammenarbeit der beiden Völker gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern.“

## Sozialisierung

Die Literatur über die Fragen der Sozialisierung ist in den drei Jahren nach der Novemberrevolution so enorm angeschwollen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Interessierten sich in den Wust der von Befürwortern und Gegnern stammenden Schriften, sowie in den umfangreichen Protokollen der Sozialisierungskommission zurechtfindet. Das Hervortreten anderer aktueller Fragen, die im letzten Jahre das Sozialisierungsproblem in den Hintergrund gedrängt haben, tut ein übriges, um das Interesse für die Fragen der Sozialisierung, auch in Arbeiterkreisen, mehr und mehr abflauen zu lassen.

Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß in der vor kurzem erschienenen Schrift von Heinrich Ströbel „Die Sozialisierung, ihre Weg und Voraussetzungen“ (Hirn-Verlag, 286 S., Preis 26,40 M.) eine zusammenfassende Darstellung des Sozialisierungsproblems gegeben wird, die nicht nur den Leidensweg des Sozialisierungsgedankens in Deutschland wie in anderen Ländern erkennen läßt, sondern die auch als gute Einführung in das selbständige Studium der Sozialisierungsfrage dienen kann. Die gesamte deutsche Sozialisierungsliteratur wird in dieser Schrift in ihren wesentlichsten Teilen behandelt, gleichzeitig wird aber auch die praktische Anwendung des Sozialisierungsgedankens in Rußland und Ungarn an Hand der erschienenen Literatur eingehend behandelt und mit der theoretischen Behandlung der Sozialisierungsprobleme in enge Verbindung gestellt.

Der Vorzug des Ströbelschen Buches besteht aber selbstevident darin, daß es in konzentrierter Form die verschiedenen bisher geäußerten Meinungen wiedergibt und so gleichsam als Führer durch die gesamte Sozialisierungsliteratur dient. Besonders hervorzuheben ist, daß Ströbel seine Darstellung einerseits in den großen Rahmen der Theorie des Sozialismus hineinsetzt, und andererseits die verschiedenen Stappen des Sozialisierungsgedankens seit der Revolution in die Praxis der politischen Kämpfe und Parteizusammenhänge einfügt. Dadurch wird erzielt, daß die Auseinandersetzungen über die Sozialisierung mit der Entwicklungsgeschichte des modernen Sozialismus überhaupt in enge Verbindung gebracht werden. Gleichzeitig wird durch die enge Verknüpfung der einzelnen Phasen des Kampfes um die Sozialisierung mit der jeweiligen politischen Situation der hier und da noch bestehende Gedankenswägungen, als handelte es sich bei den Sozialisierungsfragen um hohe Projektionen am grünen Tisch, die mit den politischen Kämpfen der Gegenwart nichts zu tun haben. Es wird vielmehr gerade aus der Lektüre des Ströbelschen Buches klar, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialisierung um den wichtigsten Teil des politischen Nachkrieges des Proletariats handelt, um einen Nachkampf, von dem nicht

## Arbeiter-Büchertisch

(erschienen jeden zweiten Freitag)

### Roman und Novelle

1.

Den Büchern unserer Tage fehlen die epischen Momente. Epos: das heißt anstreben auf der Sicherheit einer gesellschaftlichen Basis, heißt ein Heim hinter sich wissen, auch wenn man dieses Heim umgestalten möchte. Aus diesem Fehlen erklärt sich das Ueberwiegen der Einzelgeschickale, das Zurücktreten menschlicher Zusammenhänge, das Unliebendige des Kolorits. Das war bis zu einem gewissen Grade das Kennzeichen der deutschen Literatur nach dem „Wilhelm Meister“, es wird besonders fühlbar, da eine neu erwachte Stilkunst wundervolle Fähigkeiten des Romanstils entwickelt hat. Zeitbestimmte Schicksale, Einzelgeschickale sind aber noch immer das Kennzeichen fast aller jüngst erschienenen Romane und Novellen.

Als Musterbeispiel dieser Literatur kann Richard Huelssens Roman „Doktor Billig am Ende“ gelten. (Kurt Wolff Verlag, Preis 30.— M.) Dieser Schieberroman hat Farbe und Tempo und Leben. Sein Thema hätte Jola Stoff zu einer umfassenden Darstellung der wilhelminischen Gesellschaft gegeben; bei Huelssens ist die Gesellschaft bloß, die meisten Personen bleiben im Hintergrund, lassen kaum ihre Konturen erkennen, selbst die Kolorite, durch die der Doktor Billig „das Leben“ kennenlernt, wird nicht vollkommen deutlich. Der Drehpunkt ist der einzelne, ist hier das Schicksal des Doktor Billig, der aus einem Kleinbürger, getrieben von der ziellosen Sehnsucht eines Sommertages, der Geliebte einer „großen Kolorite“ wird und schließlich in Schnaps und Dred verkommt. (Die „große Kolorite“ ist übrigens auch so ein unumgängliches literarisches Requisit der Gegenwart.) Aber das alles hindert nicht, daß das Buch gelohnt ist und sich amüßant liest. Es ist vom Verlag hübsch ausgestattet und von George Grosz brillant illustriert.

2.

Knaben und Mörder lautet der Oberbittel zweier Erzählungen von Hermann Ungar (Verlag F. P. Tal u. Co.). Es sind die Ergebnisse von Menschen, deren Kindheit vergewaltigt wurde durch Armut und Verachtung und die von ihren Erfahrungen plötzlich rettungslos im Stich gelassen werden. Die erste, stärkere Geschichte ist die eines Armenhauszöglings, der durch Betrug und Brutalität in Amerika zu Reichtum gelangt. Indem er die Hand trifft, die er als Knabe begehrte hat, sie schließlich sogar an ein Frauenhaus verkauft, versucht er sich an seiner Kindheit zu rächen, aber an dem geschädigten Hinnehmern der Frau prallt jede Rache ab, und als er schließlich ihren Sohn in dasselbe Armenhaus schickt, in dem er groß geworden ist, schreibt der Knabe seinem „gnädigen Wohlthäter“ einen demütigen Dankbrief.

Die zweite Erzählung ist der Nord eines Knaben an einem Fremdling, dem einzigen Menschen, der ihm je gütig und freundlich gegenübergetreten ist. Schwächlich und verschüchtert wächst das

Kind heran, all seine Jugendträume werden geknickt und mit einer Rohheit, die ihm selbst am meisten wehtut, sucht er in Tierquälereien sein eigenes gequältes Dasein zu betäuben. Seine heimliche Liebe gilt dem Vater, der das Gespött der Stammische ist und völlig unter dem deprimierenden Einfluß eines Krüppels steht. Und plötzlich lernt der Knabe einen wirklichen Menschen kennen, von dem er tieferes Gefühl und mitteilendes Verständnis ahnt. Aber durch einen Zufall trifft ihn der Fremde mit dem Vater in einem fürchterlich beschämenden Augenblick während einer schmutzigen niedrigen Orgie; und der Knabe wendet den Menschen, der aus einer anderen Welt kommt, von dem geliebt zu werden, seine Sehnsucht ist, da er jetzt nur noch Mitleid finden würde, wo gleichberechtigte Anerkennung sein Wunsch war.

Man wird sich jedenfalls den Namen Ungar merken müssen, hinter dessen ruhigem, klarem Still ein wirkliches Gefühl und ein erster Wille stehen.

3.

Georg Hermann ist neunzig fünzig Jahre alt geworden, und seine Freunde haben ihm, wie das bei solchen Gelegenheiten üblich ist, versichert, daß man ihm sein Alter noch gar nicht anmerke. Das mag zutreffend sein, insofern es sich um Georg Hermann den Menschen handelt, auf Georg Hermann den Schriftsteller trifft es meines Erachtens nicht zu. Sein Still ist von jener abgeklärten Art, die man sonst als Altersstil zu bezeichnen pflegt, und der seit dem Tode Fontanes eigentlich ein bloßer Vorläufer ist. In unserer turbulenten Zeit, wo alles, die Literatur nicht ausgenommen, nach Aktion kriecht, wirkt sein langsam tröpfelnder Roman „Sühne“ (Verlag Neischedel u. Co., Berlin 1921), der so rasch in Mitleidserregung erwidert und gar ein wenig langweilig. Es ist ein Buch, bei aller Schwermut doch behaucht und ausrichtig.

Der Doktor Herzfeld, dem in seinen letzten achtundvierzig Stunden so wenig Gegenständliches passiert, ist ein Bürger, ein feiner, ein kunstverständlicher, ein menschlicher, aber eben doch ein Bürger, und er verliert, weil er aus dem Druck der Kriegsmorphäre keinen befreienden Ausweg finden kann. „Offenbarung war ihm das Leben gewesen, und mit allen Sinnen hatte er sich an dessen geheimes Wiedererleben, an die Kunst geklammert.“ Das alles verliert ihm in dem Lärm des Krieges, er sieht die Jungen nutzlos sterben und die Alten sich über den Wahnsinn begehren, sieht die Frauen häßlich werden und die Häuser und Gärten verkommen, und am Ende fühlt er sich selbst einfaß und sinnlos, in einer Welt, in der es keine Schönheit mehr gibt.

Dieser erschütternd tiefe Schmerz, dieses „Verantwortungsgefühl für die Welt“ macht den Roman zu einem Bekenntnis, unendlich lympathisch, ja beglückend in unserem Lande, wo die Gestirne so kläglich versagen. Und wie die Dinge in diesem Buche leben! Wie vor allem Berlin, das doch eine sehr unromantische Stadt sein soll, lebendig wird; das ist das Meisterwerk eines wunderbaren Künstlers. Gleich den übrigen Werken Hermanns liegt auch die Stärke des „Sühne“ darin, daß es ein Berliner Roman ist, in dem die Stadt, mehr als bedeutungslose Staffage, in dem sie Hauptperson ist, wie nur noch bei E. T. A. Hoffmann und Theodor Fontane. **Hanns-Erich Kaminski**

# Die Presse zur Vorsteherwahl

## Beginnende Einsicht?

Das Nihilisten der Nachtprobe, die das Bürgerium gestern Abend in roten Hause verlor, hat in einem Teil der bürgerlichen Presse einige Kassenstimmungen ausgelöst. Die Demokraten beginnen einzusehen, welchen Fehler sie begangen haben, als sie sich in die Folschheit der Rechtsparteien begaben, die unbeschwert von parlamentarischer Erfahrung die verschwindende Minderheit des Bürgeriums als eine sichere Grundlage für ihren Machtbestand ansehen. Das Bürgerium hat schon gestern Abend gemerkt, daß seine Mehrheit absolut nicht ausreicht, auf die Dauer gegen die Arbeiterparteien zu regieren, besonders wenn, wie das gestern erfreulicherweise der Fall war und hoffentlich noch oft der Fall sein wird, die Arbeiterparteien einig und geschlossen vorgehen.

Im „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich Herr Michaelis mit dem Verlauf der Vorsteherwahlen und weist darauf hin, daß die bürgerlichen Parteien sich über die praktische Tragweite ihrer geringen ziffernmäßigen Mehrheit gewissen Illusionen hingeeben haben. Herr Michaelis kommt dann zu den folgenden Schlussfolgerungen:

Wie jetzt die Dinge liegen, kann es nur noch darauf ankommen, den verfahrenen Karren wieder auf festen Boden zu bringen. Unseres Erachtens ist es die Pflicht der demokratischen Fraktion, dabei mitzuwirken und kein Mittel zu veräumen, die beiden Seiten des Hauses noch einmal an den Verhandlungstisch zu bringen, und hoffentlich mit besserem Gelingen als bisher. Sowie es schon jetzt klar ist, daß die eine Hälfte des Hauses allein nicht arbeitsfähig ist. Es muß unter allen Umständen eine Verständigung in der Richtung geführt werden, daß die Mittelparteien des Hauses mit Einschluß selbstverständlich der Mehrheitssozialdemokratie nach den hergebrachten parlamentarischen Regeln für die Besetzung des Vorstandes des Stadiparlaments in derselben Weise Sorge tragen, wie auch künftig die hiesigen Geschäfte der Stadt nur durch eine Verständigung dieser Parteien ordnungsgemäß erledigt werden können. Vielleicht hat man eine Lösung darin zu erblicken, daß auch diesmal, wie es schon in der bereits erwähnten ersten Stadtverordnetenversammlung nach der Revolution geschah, zwei Stadtverordneterpräsidenten mit gleichen Rechten gewählt werden.

Ob der von Herrn Michaelis vorgeschlagene Ausweg geeignet ist, den von den bürgerlichen Parteien angerichteten Schaden wieder gutzumachen, soll jetzt nicht entschieden werden. Wir möchten zu den vorstehenden Ausführungen nur bemerken, daß die Demokraten Zeit genug hatten, sich die Wirkungen ihres Anschlusses an den Bürgerblock vorher zu überlegen.

Die „Morgenpost“ erkennt ebenfalls das Recht der stärksten Fraktion auf den Vorsteherposten an und schreibt:

Der Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten ist so alter und unbestrittener parlamentarischer Grundlag, daß man von ihm auch in diesem Fall eines Formfehlers der Sozialdemokratischen Fraktion wegen nicht hätte abgehen sollen. Auch über die Personenfrage hätte man sich einigen können. Aber wenn die neue Stadtverordnetenversammlung auch unter so unerfreulichen Umständen an ihre Arbeit geht, so möchten wir doch glauben, daß es niemals zu spät sei, eine offensichtlich verfahrenene Situation wieder einzurufen.

Dieselbe beginnende Einsicht, wenn auch etwas spät, zeigt sich in der „Vollständigen Zeitung“. Abgesehen von dem höchst überflüssigen und erfolglosen Bemühen, die Beschlußfähigkeit des Hauses als eine Schuld der Linken darzustellen, kommt auch die „Vollständige Zeitung“ zu dem Schluß, daß der Machtpunkt des Bürgerblocks nicht aufrecht erhalten werden kann.

Unbelehrbar zeigt sich dagegen die Rechtspresse, die sogar von dem Zentrumsorgan, der „Germania“ sekundiert wird. Wenn die „Germania“ schreibt:

„Dieses war der erste Streich der verschäpften ehemaligen Gewaltthäter (!). Eine nette Demonstration, aber eine große Dummheit. Denn wer hat einen Schaden davon? Niemand! Wer aber den Schaden? Zunächst die minderbemittelte Bevölkerung, der zur Unterstützung neun Millionen Mark auf Dringlichkeitsantrag bewilligt werden

sollten, dann die städtischen Arbeiter und Angestellten, die ihren Leuerungszuschuß haben wollen. Blamiert aber sind die vereinigten Sozialisten, die beim nächsten Mal das Haus beschlußfähig halten und die Wahl des Präsidiums dennoch ermöglichen müssen, denn sonst nimmt der Oberpräsident das Wort“.

So ist das eine absichtliche Fretführung der Öffentlichkeit. Der Berichterstatter der „Germania“ hat genau so beobachtet können wie wir, daß die bürgerlichen Parteien unter der Führung des Herrn von Eynern die Linke sofort provoziert haben, und das Erbärmliche an der Haltung des Bürgeriums ist dabei, daß man auf der einen Seite erklärt, der Wahlausgang müsse in einem bürgerlichen Vorsteher seinen Ausdruck finden, und auf der anderen Seite behauptet, man wolle keinen Gegensatz zwischen Sozialisten und Bürgerlichen erzeugen. Wenn doch das Berliner Bürgerium nicht auch noch so selbe wäre, seine wahre Absicht zuzugeben!

Ehrlicher ist denn doch schon das Stimmorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Sie gibt wenigstens zu, daß ihre Ablehnung der Kandidatur Krügers diktiert ist von ihrer Haltung zur Sozialdemokratie. Sie schreibt:

„Die Mehrheitssozialdemokratie beansprucht als stärkste Fraktion diesen Posten für sich und stellt den Leiter ihrer Groß-Berliner Organisation Franz Krüger als ihren Kandidaten auf; die bürgerlichen Fraktionen nahmen jedoch an der starken parteilichen Gebundenheit des Vorgeschlagenen Anstoß“.

Man wird den weiteren Verlauf der Dinge abwarten müssen, um beurteilen zu können, in welchem Maße sich die beginnende Einsicht der bürgerlichen Parteien in Taten auswirken wird. Der Verlauf der Vorsteherwahlen sollte aber auch der Sozialdemokratie insofern zu denken geben, als das Bürgerium eben doch der Feind der Arbeiterklasse bleibt und durch keinerlei Konzessionen veranlaßt werden kann, von seiner Macht etwas herzugeben.

# Die Arbeiter von Krupp an Kollat

Der Arbeiterrat der Firma Krupp in Essen hat an General Kollat einen Brief gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

Es war der Kruppischen Arbeiterschaft bekannt und von ihr als selbstverständlich angesehen, daß alle Spezialmaschinen, die nur zur Herstellung von Kriegsgewehren irgendwelcher Art benutzt werden, vernichtet werden sollten und zum allergrößten Teil auch bereits zerstört worden sind. Die Kruppische Arbeiterschaft hat diese Maßnahmen trotz der damit für sie verbundenen Schädigung im Interesse des Weltfriedens begrüßt. Sie ist jetzt entschlossen, jede Anfertigung von Kriegsmaterial zu verweigern.

Nun wurden in den letzten Tagen den im Gebäude 10 (Maschinenbau 21) beschäftigten Arbeitern von der Betriebsleitung eröffnet, daß ein erheblicher Teil der dort zur Bearbeitung von reinem Friedensmaterial im Betrieb befindlichen Maschinen auf Befehl der Interalliierten Kommission zu Reparaturzwecken abgegeben oder zerstört werden müßten. Der Arbeiterrat hat nach Kenntnisnahme dieser Anordnung eine eingehende Untersuchung vorgenommen und folgendes festgestellt:

In dem oben erwähnten Maschinenbau wurde schon in der Vorkriegszeit 50 Prozent Friedensmaterial hergestellt; in der Nachkriegszeit wird ausschließlich Friedensmaterial hergestellt und zwar große Walzen, Kurbelwellen, Deisen, Zylinder usw. Ferner haben wir festgestellt, daß die zu zerstörenden Maschinen vollauf beschäftigt sind und die besten des Betriebes sind. Wohl sind noch einige Spezialmaschinen vorhanden, die lediglich zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendet werden können, gegen deren Zerstörung wir nichts einzuwenden haben.

Auf Grund dieser Tatsache protestiert die Belegschaft auf das schärfste dagegen, daß aus ihr unverständlichen Gründen Maschinen zerstört werden sollen, die ausschließlich zur Anfertigung hoher volkswirtschaftlicher Werte benutzt und auch dringend benötigt werden. Wir erwarten deshalb, daß die verantwortlichen Stellen von dieser Mahnung absehen und die Anordnung rückgängig machen.

Sollten diese Stellen jedoch nach Darlegung der Tatsachen an ihrem Verlangen festhalten, so sind wir von der Belegschaft beauftragt, zu erklären, daß die Kruppische Arbeiterschaft bei der eventuellen Zerstörung ihrer Produktionsmittel nicht mitwirken wird.

# Freispruch im „Reigen“-Prozess

Im Reigenprozess wurde heute morgen 9 Uhr das Urteil verkündet. Es wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen.

Obgleich für heute nur die Urteilsverkündung vorgesehen war, hatte sich wieder ein größeres Publikum eingefunden. Sensationen gab es allerdings keine mehr, und man kam auch um das Bezugsliche, die enttäuschte Enttäuschung des Brunner zu sehen, der vermutlich in seiner Anwaltskammer neue Anstöße vorbereitet.

Nach den üblichen rasch vorübergehenden Formalitäten bleibt für Spannungen wenig Zeit. Sämtliche Angeklagten werden freigesprochen. Die Begründung läßt sich auf die verschiedenen Gutachten nicht ein, sondern erklärt den „Reigen“ kurz und bündig für ein unzuverlässiges Kunstwerk und die Aufführung für bezogen.

(Der Staatsanwalt hatte, wie erinnertlich, gegen die zwei Erstgenannten je vier Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten je drei Wochen und nur im Falle des Regisseurs Neusch Freispruch beantragt.)

Das Urteil des Gerichts kommt sowohl tatsächlich, als auch formal betrachtet, einer vollkommenen moralischen Verurteilung Brunners gleich. Um so näher liegt die Frage: Wer ist eigentlich dieser Mensch und wer hält ihn aus?

Das Wohlfahrtsministerium erklärt, mit der Tätigkeit Professor Brunners, insbesondere seiner Organisation des öffentlichen Vergernisses nichts zu tun zu haben. Brunner sei „nur“ literarischer Sachverständiger für Jugendwohlfahrt. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß dieser Beamte für die Unfähigkeit allem Abzuleugnen zum Trotz Referent und Sachverständiger des Polizeipräsidiums ist, so daß dieser hervorragende Sachverständige für die Unfähigkeit seine moralische Spürnahe zwischen Polizeipräsidium und Wohlfahrtsministerium teilt. Werden diese beiden Behörden sich jetzt nach der völligen Blamage ihres Beamten endlich bequemen, einen Mann zu entlassen, der seine Qualifikation zum Sachverständigen von nichts anderem herleitet, als aus seiner deutschpöblichen Gesinnung?

Außerdem drängt sich die Frage auf, worin die Tätigkeit von Herrn Brunner im Polizeipräsidium denn besteht? Da die Zensur abgesehen ist, ist es schließlich ein Anflug, daß die Polizei nach wie vor literarische Sachverständige und dergleichen beschäftigt. Es versteht sich von selbst, daß dieser Anflug desto größere Dimensionen annimmt, je ungeeigneter die Personen sind, um die es sich hier handelt. Er wächst ins Grenzenlose, da Brunner — Brunner ist. Es wird notwendig sein, diese Zusammenhänge gründlich aufzuhellen. Das intime Verhältnis, das diese unfähige Zensurbehörde zu den Behörden unterhält, ist ihr denkbar höchsten Maße geeignet, öffentliches Vergernis zu erregen. Man konstatiere ihn!

# Die unpolitische Schupo

Von Angehörigen der Schupo erhalten wir die folgende Zuschrift:

Dieser Tage wurde unserer Hundertschaft bekanntgegeben, daß laut Kommandobefehl jede Hundertschaft fünf Pfadfinder in der Zeit vom 11. bis 13. d. M. unterzubringen hat. Der Hundertschaftsführer sagte, er wolle davon absehen, ein Zimmer von den Beamten räumen zu lassen — die Beamten zahlen für ihre Zimmer Miete —, sondern die Pfadfinder in den einzelnen Zimmern verteilen. Anschließend daran knüpfte er noch die Bemerkung, daß dies im Interesse der nationalen Erziehung der Jugend geschehe.

Da jedermann weiß, welcher Parteirichtung der „Pfadfinderbund“ angehört, hat die Öffentlichkeit wohl ein Interesse daran, zu erfahren, ob die preussische Regierung mit dieser unpolitischen Haltung des Kommandos der Schupo polizei einverstanden ist.

# Kleintierzüchter, hütet eure Tiere!

Aus den Kreisen der Landkolonisten wird uns geschrieben: Laut Polizeiverordnung muß in Groß-Berlin am 23. 11. überall Rattengift gelegt werden zur Vertilgung der Ratten. Als Vertilgungsmittel ist dazu Phosphorsäurebestimmtes bestimmt worden. Dies ist ein äußerst hartes Gift. Durch unsachgemäßes Legen und Verschleppen der Giftbroden auf benachbarte Grundstücke besteht die Gefahr, daß Hunde, Katzen usw. diese Giftbroden fressen und dadurch manchem Züchter und Tierhalter unersetzbaren Schaden erleidet. Jeder, der seine Kleintiere hält, weiß, wie schwer es ist, in dieser teuren Zeit sein Vieh durchzuhalten. An eine Neuanschaffung der Tiere können die meisten nicht denken. Trotz aller Vorkehrungen und Warnungen sind sich viele nicht bewußt, welche Folgen der Kampf gegen die Ratten mit sich bringen kann.

Die Landwirtschaftskammer hat ein Rattenvertilgungsmittel, das weit wirksamer, und dabei für andere Tiere vollständig unschädlich ist. Es ist die Rattenpest. Diese wirkt nur auf Ratten. Eine Ratte, die davon gefressen hat, überträgt die Pest auf alle anderen Ratten, die mit ihr in Berührung kommen, und so vernichtet ein Tier ein ganzes Tier.

Vorläufig darf aber diese Rattenpest laut Verordnung nicht verwendet werden. Die Kleintierzüchter müssen darum im eigenen Interesse in ihren Vereinen verlangen, daß vom Polizeipräsidium die Erlaubnis erwirkt wird, Rattenpest zu legen. Die Kreisverbände müssen dann dafür sorgen, daß Rattenpest zur Verfügung gestellt wird.

Auf jedem Fall sollten aber alle Kleintierhalter am 23. und an folgenden Tagen das Kleintier vollständig eingesperrt halten.

Charlottenburger Volkshauskonzerten. Die Zweigstelle in der Dandelsmannstraße ist Montag wieder eröffnet worden. In der Hauptbadeanstalt, Krumme Straße, wurde heute früh der Betrieb wieder aufgenommen.

Ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten lungenkranker Kriegsbekämpfter des Lazarets Kurhaus Tegel, veranstaltet die Lazaretkommission am Dienstag, den 22. November, im Saalbau Friedrichshain. Mitwirkende sind Frau Margarete Blume, Konzertfängerin; Herr Schulz-Fürstenerberg, Cello; Herr Adolf Bollmann, Konzertfänger und der Geangereimte „Amelios“, unter seinem Dirigenten Herrn T. H. H. Da der Ertrag dieser Veranstaltung zu einer Weihnachtsgeschenkung der noch zahlreichen Lazarettinsassen verwendet wird, ist eine Unterstützung zu empfehlen.

Schwerer Raubüberfall in Zehlendorf. In der vergangenen Nacht, etwa gegen 1 Uhr, wurde in Zehlendorf ein schwerer Raubüberfall verübt. Der Student Erhard Wolfrum, der in Steglitz, Lutherstr. 11, wohnt, kam um diese Zeit mit seinem Kade durch Zehlendorf, als er an der Ecke der Wilsdorf- und Berliner Straße von zwei Männern mit vorgehaltenem Revolver vom Kade gerissen wurde. Er fiel dabei so unanständig zu Boden, daß er sich den linken Oberarm brach. Seine dadurch hervorgerufene Hilflosigkeit benutzten die Banditen, um Wolfrum seines Kades, einer Brieftasche, in der sich 340 M. deutsches Geld und 15 schwedische Kronenscheine befanden, sowie eines goldenen Ringes mit blauem Stein zu berauben.

Voraussetzungen Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntagabend. Zeitweise aufklarend, aber überwiegend trübe und etwas neblig ohne erhebliche Niederschläge, mäßige östliche Winde, Temperatur wenig über Null.

nur das Schicksal des deutschen Proletariats, sondern auch die Zukunft der deutschen Wirtschaft in hohem Maße abhängt.

Besonders deutlich tritt dieser Gedanke aus den Abschnitten des Ströbel'schen Buches hervor, die das Sozialisierungsproblem nach der Novemberrevolution, die Wilsell-Röllendorfsche Planwirtschaft und die Sozialisierung des Bergbaues behandeln. Ströbel führt eine Reihe namhafter bürgerlicher Gelehrten an, die noch im ersten Revolutionsjahre die Sozialisierung der wichtigsten Industrien für möglich und notwendig hielten und er kritisiert dann scharf die Unfähigkeit und Unfähigkeit jener rechtssozialistischen Minister, die aus Furcht vor etwaigen Mißgriffen nichts für die Sozialisierung unternahmen und den Kapitalismus in Industrie und Handel sich schrankenlos ausbreiten ließen. Besonders wichtig sind in dieser Beziehung die Abschnitte über die Sozialisierung des Bergbaues, in denen an Hand der Protokolle der Sozialisierungskommission, die der Öffentlichkeit fast völlig unbekannt sind, die Vorbereitungsarbeiten für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues geschildert werden, die bekanntlich Ende des vorigen Jahres in den beiden Entwürfen der Sozialisierungskommission konkrete Gestalt annahmen.

Nach einer kurzen Wiedergabe der grundlegenden Auffassungen des englischen Glanzsozialismus formuliert Ströbel zum Schluß seinen eigenen Standpunkt in der Sozialisierungsfrage. Den bolschewistischen Weg, der in Rußland und Ungarn zur wirtschaftlichen Katastrophe führte, lehnt Ströbel entschieden ab. Die Wilsell'sche Planwirtschaft hält er für eine Halbheit, wenn er sich auch nicht mit den rechtssozialistischen Kritikern Wilsells solidarisiert. In seinen allgemeinen Auffassungen über die Sozialisierung lehnt sich Ströbel an Kautsky, Bauer und Hilferding an und empfiehlt die praktischen Vorschläge, die von Lederer und Horten gemacht worden sind. Vor allem aber tritt Ströbel dafür ein, daß die Idee der Sozialisierung propagandistisch in weit größerem Maße als das jetzt geschieht, in die Massen hinausgetragen werden soll. Denn in der psychischen Aneignung der Massen steht er, neben der noch immer fortwährenden Zerrissenheit der Arbeiterbewegung, das Haupthindernis dafür, daß die Idee der Sozialisierung die großen Massen des arbeitenden Volkes ergreift und die Widerstände niederwirft, die von den Herren und Rührhähern des kapitalistischen Systems aufgeführt worden sind.

# Kleine Chronik

Heinrich Kanner, der ehemalige Herausgeber der Wiener „Zeit“, veröffentlicht soeben unter dem Titel „Kaiserliche Katastrophopolitik“ bei E. P. Tal u. Co., Verlag, Leipzig und Wien, ein grundlegendes Werk über die Vorgeschichte des Krieges.

Ende November erscheint im Verlag der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin, das Werk „Geschichte der U. S. V. D.“, Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratie.

fischen Partei Deutschlands von Eugen Prager. Diese Schrift schildert nach einem Rückblick auf die Entwicklung der alten sozialdemokratischen Partei das Entstehen der Opposition gegen die Kriegspolitik, den Zusammenschluß der oppositionellen Kräfte zur Unabhängigen Sozialdemokratie und gibt schließlich eine Darstellung dieser Partei bis zur Gegenwart. Das Buch wird ungefähr 300 Seiten stark, in dauerhaftem Halbleinwand gebunden 40 Mark kosten.

Im weitesten Kreise die Anschaffung dieses Buches zu ermöglichen, liefert der Verlag bei Vorausbestellungen, die spätestens bis zum 30. November erfolgen müssen, das Buch zum Subskriptionspreis von 32 Mark. Bestellungen können erfolgen durch die politischen Organisationen, Gewerkschaftsverbände und Ortsgruppen der Gewerkschaften, Gewerkschaftskommissionen und A. M. Betriebsrätezentralen, Arbeitsekretariate, Betriebsräte und -obleute, oder direkt beim Verlag Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

# Zeitschriftenchau

„Die Welt-Literatur“, die immer noch für M. 180 die beste Literatur vermittelt, hat im Heft 27 aus dem 3. Bande von Biomards Gedanke und Erinnerungen das Kapitel „Kaiser Wilhelm II.“ veröffentlicht.

Das 8. Heft des von Paul Westheim herausgegebenen „Kunstblattes“ (Verlag Kiepenheuer, Potsdam) ist ein der plastischen Kunst gewidmetes Sonderheft, dessen Wert in den Abbildungen ganz herrlicher und wenig bekannter Werke der gotisch-französischen Domplastik des Mittelalters liegt. Wie viele wissen, daß in französischen kleinen Städten, die auch unsere Gebildeten kaum dem Namen nach kennen, die alte Bau- und Bildkunst Werke von beispielloser Innerlichkeit und Größe geschaffen hat. Das Heft bringt noch Abbildungen asiatischer und moderner Plastik in guter Auswahl.

# Beachtenswerte Neuerscheinungen

Hermann Brill: Der Elterntod. Das Thätigste Geset über Elterntöte an öffentlichen Schulen zum Jahresbericht für Eltern und Lehrer. 48 Seiten. Verlag Verlagsbuchhandlung der U. S. V. D., Groß-Druckerei.

Carl Dittgen: Kunst. Der Schlüssel zu den Geheimnissen der großen Kunst. Versuch einer Wiedergabe des Tauselings. 110 Seiten. Bremer-Verlag, Innsbruck.

Ernst Jandl: Mit den besten Herrenklubbern in England (Tennis, Kreuzerfahrten, Golf, Jagd, etc.). 110 Seiten. Ullstein-Verlag, Berlin und Oppeln.

Maria Krüger: Die sexuelle Frage in der Ehegattung. 16 Seiten. E. Hoffmann Verlag, Berlin.

Heinrich Kanner: Kulturgeschichte Deutschlands eines Vorkriegsmonats. Verlag Oscar Wolff, Komberg.

Dr. Richard Lehmann: Das Schicksal der Sozialdemokratie und ihre Schicksalstage. 110 Seiten. Verlag J. M. Dingeldey, G. m. b. H., Stuttgart, und Buchhandlung Vertriebs G. m. b. H., Berlin SW.

Heinrich Kanner: Der Lehrer hat kein Recht auf das Kind. Von dem Franzosen überliefert vom Verfasser der „Kaiserliche“ 100 Seiten Text. Kollat, Verlag, Ullstein-Verlag, Berlin.

Wald von Gadow: Epische Kunst. Kritik und Dichtung. Mit 45 Abbildungen und 1 Tafel, 37 Seiten Text, Verlag Kollat, Berlin. Leipzig 1921.

